

Danziger Zeitung.

Nº 17177.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.



Beitung.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Dagerort (Estland), 18. Juli. (W. T.) Die kaiserliche Yacht „Hohenzollern“ passierte von dem Geschwader begleitet heute früh 6½ Uhr Dagerort. — In Aronstadt ist die Yacht „Slawjanka“ mit Offizieren des Steuermannscorps heute behufs Einlootung des deutschen Geschwaders in See gegangen und erwartet dasselbe bei Hochland.

Berlin, 18. Juli. (Privat-Tel.) Kaiser Wilhelm hat für die durch Feuer heimgesuchten in der schwedischen Provinz Norrland 5000 Mark gespendet.

Die „Wiener politische Correspondenz“ sucht die Unmöglichkeit eines Bündnisses zwischen Deutschland und Russland darzulegen. Deutschland müßte sonst auf seine während der letzten Jahre festgehaltene Politik verzichten.

Die „Wiener medizinische Wochenschrift“ tadelt, daß keiner der deutschen Ärzte bei Lebenszeiten des Kaisers Friedrich den Mut gefunden hat, öffentlich mit Nennung seines Namens Mackenzies Unwissenheit klarzulegen und die Dringlichkeit der Operation nachzuweisen. Das hätte besser ausgesehen, als sich jetzt in einem Pamphlet über erlittene Jurücksetzung und beleidigten Patriotismus zu beschweren.

Während die „Nordd. Allg. Jtg.“ unbestanden den Artikel des „Matin“, nach welchem die Kaiserin-Wittine Documente veröffentlichten würden, abdruckt, ist die freisinnige „Nordhäuser Zeitung“ wegen dieses Artikels durch den Staatsanwalt confiscirt worden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 18. Juli.

Die Organisationsveränderungen in der Marine, von welchen schon vor dem Rücktritt des Herrn v. Caprivi als Chef der Admiraltät die Rede war, scheinen bald eintreten zu sollen. Wenn die „Hamb. Nachr.“ gemeldet haben, daß durch die Ernennung des Vice-Admirals Grafen v. Monts zum commandirenden Admiral die Stelle eines Vice-Admirals frei geworden sei, so hat die „Kreuztg.“ recht, daß sie darauf hinweist, daß es nach dem Marine-Estat keine Admiralsstelle giebt; Graf v. Monts kann also durch die Ernennung zum commandirenden Admiral mit dem Range eines commandirenden Generals unter Commandirung zur Vertretung des Chefs der Admiraltät und unter vorläufiger Belassung in seiner Stellung als Chef der Marine-Station der Nordsee nicht eine etatsmäßige Admiralsstelle eingenommen haben, die Bezeichnung „commandirender Admiral“ soll, so meint die „Kreuztg.“, nur darauf hindeutet, daß der Graf v. Monts jetzt die höchste Stellung in der Marine einnimmt und wahrscheinlich eine anderweitige Organisation der obersten Marinebehörden bevorsteht.

Das Cartell bröckelt weiter

trotz aller Versuche der Offiziösen, dasselbe zusammenzuhalten. Dieses Abbröckeln wird, wie wir schon wiederholt hervorgehoben haben, im wesentlichen bei den materiellen Fragen hervortreten. Die nationalliberale Partei steht vor dem Entmeder — Oder; sie muß die sachlichen politischen Forderungen, die sie bisher vertreten hat, aufgeben, und dann kann sie natürlich im Cartell bleiben, oder sie wird dieselben aufrecht erhalten, und dann ist das Cartell unmöglich. Bereits an der Hand einer Auflösung der „Magdeburgischen Jtg.“ haben wir auseinandergeföhrt, daß die Nationalliberalen in Bezug auf die Stellung zur Landgemeindeordnung sich im entschiedensten Gegensatz zu den Conservativen befinden.

Ein anderer Punkt ist das Socialistengesetz. Die nationalliberale Partei unter Vorantritt des Herrn v. Oneist hat wiederholt erklärt, daß die Fordbader des Socialistengesetzes in der jetzigen Form unmöglich sei. Auch Herr v. Bennigsen hat dieser Überzeugung in der letzten Reichstagsession Ausdruck gegeben, indem er die Regierung aufforderte, in der Zeit bis zum Ablauf des jetzigen Socialistengesetzes eine Vorlage zu machen, welche auf dem Boden des gemeinen Rechts den bisherigen Ausnahmezustand bestätigt. Die nationalliberale Partei hat durch ihre Organe diesen Standpunkt in letzter Zeit nachdrücklich wiederholt.

Heute schreibt die „Kreuzzeitung“, daß die Regierung zu erkennen gegeben, daß sie die „unveränderte Aufrechterhaltung des Socialistengesetzes, wenn nicht eine Verschärfung (!), für unerlässlich“ erachte. Die „Kreuztg.“ bringt den Nationalliberalen nachdrücklich in Erinnerung, daß die nationalliberalen Reichstagsmitglieder auf ein Programm gewählt seien, das in diesem Punkte die Übereinstimmung mit der Regierung erklärt. Andernfalls wäre Cartell und Stärkung der nationalliberalen Fraction überhaupt unmöglich gewesen. Die „Kreuztg.“ schließt mit der höhnischen Bemerkung, daß, wenn die Nationalliberalen das Socialistengesetz nicht mehr wollten, sie auch mit positiven Vorschlägen hervortreten müßten, und wenn Herr Aulemann dazu nicht geeignet sei, so möge man doch ein etwas bewährteres Mitglied der Partei damit beauftragen.

Man sieht, daß die sachlichen Fragen auf Schritt und Tritt das Cartell bedrohen. Dies wird bei den bevorstehenden Landtagswahlen und mehr noch bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck kommen. Man kann es nur dadurch vermeiden, daß der eine Theil dem anderen nach-

giebt. Die Conservativen sind von einer solchen Nachgiebigkeit weiter entfernt als je.

In Bezug auf die Hoffnungen nationalliberaler Blätter auf Herrn Herrfurth bezüglich des Socialistengesetzes schreibt unser Corresp.: „Es scheint doch, als ob die Hoffnungen, die hier auf den neuen Minister des Innern gesetzt werden, unbegründet sind. Wenn Herr v. Puttkamer im Reichstage die Verlängerung des Socialistengesetzes jedesmal vertheidigte und wenn in seinem Ressort das hauptsächlichste Material, das zu Gunsten der Verlängerung verwendet werden sollte, gesammelt und zusammengestellt wurde, so liegt das eben daran, daß große Gebiete, die unter dem Ausnahmegesetz standen, zur Verwaltung des preußischen Ministers des Innern gehörten. Aber sehr falsch wäre es, zu glauben, daß es sich dabei um Angelegenheiten gehandelt habe, bei denen der letztere den Ausschlag zu geben hatte. Das Ausnahmegesetz ist ein Reichsgesetz, und jeder Mensch weiß, daß die Entscheidung über ein solches neben dem Reichstage dem gesamten Bundesrat obliegt. Die Sache heute so darzustellen, als ob es sich dabei immer nur um ein persönliches Werk des Herrn v. Puttkamer gehandelt habe, entspricht weder der Wahrheit noch der Billigkeit. Das Gesetz entstand, als er noch nicht das Portefeuille des Innern hatte, und lediglich die Art der Ausführung kann auf seine Rechnung gesetzt werden. Es ist allerdings behauptet worden, daß die letzte Vorlage mit den grauflamen Maßregeln der Expatriirung und Internirung das eigentliche Werk des Herrn v. Puttkamer sei. Aber ohne die Zustimmung des Bundesraths wäre dieses Werk niemals vor den Reichstag gekommen. Die Instanz, an die man sich mit Wünschen wegen Änderung des Socialistengesetzes zu wenden hat, ist der Reichskanzler selbst. Es ist viel richtiger, ihm die Rechenschaft desselben zu präsentieren, und noch vor der vorletzten Verlängerung des Gesetzes hat er gezeigt, welches Gewicht er darauf legt. Fürst Bismarck hat damals, wo eine nicht unbeträchtliche Wahrscheinlichkeit für die Ablehnung der Verlängerung bestand, den Reichstag vor die Alternative gestellt, entweder diese anzunehmen oder aufgelöst zu werden. Für den Fortbestand des Gesetzes kommt der Wechsel in der Leitung des preußischen Ministeriums des Innern deshalb wenig in Betracht; man kann von Herrn Herrfurth allerdings eine viel discrete Handhabung der ihm im Ausnahmegesetz verliehenen Befugnisse erwarten. Deshalb dürfte die nationalliberale Fraktion des Reichstags doch wohl gut daran thun, mit einer eigenen Arbeit vorzugehen, die möglicherweise vom Bundesrat als schätzbares Material für eine Abänderung des Gesetzes benutzt werden könnte. Wenn dem Reichstage jedoch eine solche zugehen sollte, die der eigenen Initiative des Bundesraths entsprungen ist, so würde dies auf einen Einfluß des Herrn Herrfurth nicht schließen lassen, vielmehr nur beweisen, daß die ablehnende Haltung des Bundesraths gegenüber jedem Vorschlage, der das Gesetz amändern wollte, aus Rücksichten geschah, die heute nicht mehr obwalten. Aber man darf wohl vorläufig bezeichnen, daß es überhaupt geschieht.“

Die Rechtsverhältnisse in den deutschen Colonien

Nachdem unter dem 2. Juli 1888 die allerhöchste Verordnung erfolgt ist, durch welche die Rechtsverhältnisse in Kamerun und Togo geregelt wurden, steht — wie die offiziösen „Berl. Pol. Nachr.“ berichten — nunmehr der Erlaß zweier hierauf bezüglicher Verfassungen des Reichskanzlers bevor. Die eine betrifft die Dienstanweisungen für die Ausübung der Gerichtsbarkeit und enthält gleichzeitig die nötigen Ausführungen bezüglich des Zustellungsverfahrens und der Zwangsvollstreckung, sowie einen Rostentaris, die zweite umfaßt eine Grundbuchordnung nebst den dazu erforderlichen Ergänzungen (Formulare, Tarifen etc.). Aus dem Inhalt beider Verfassungen ist besonders hervorzuheben, daß sie sich bemühen, die vielfach verwickelten Vorschriften der Civilprozeßordnung — wir erinnern nur an die Bestimmungen über die Zustellung, den Anwaltszwang, den Parteiprozeß, die Zwangsvollstreckung — auf die einfachen Verhältnisse der Schutzgebiete in durchaus praktischer Weise zu übertragen.

Ebenso steht in Aussicht, daß die Neu-Guinea-Compagnie von der Erleichterung, welche ihr das Gesetz vom 15. März d. J. bietet, Gebrauch macht. Sie hat bereits einen diesbezüglichen Antrag gestellt, dessen Annahme zu erwarten ist. Darnach wird eine Veränderung der für die Gesellschaft ergangenen Verordnungen zur Regelung der Rechtsverhältnisse eintreten. Auch in diesen Schutzgebieten soll eine Gerichtsbehörde zweiter Instanz errichtet und damit die Zuständigkeit des Reichsgerichts bzw. des Consulargerichts von Apia besiegelt werden. Im übrigen wird sich die neue Verordnung den für Kamerun und Togo erlassenen inhaltlich anschließen, so daß wir allmählich in den Grundzügen ein einheitliches Recht für die Schutzgebiete erhalten. Zum ersten Male soll auch der Direction der Gesellschaft der Erlaß von Strafverordnungen bis zur Höhe von drei Monaten übertragen werden.

Ein weiterer Schritt in der staatlichen Entwicklung der Schutzgebiete soll schließlich dadurch gethan werden, daß beauftragt wird, besondere Beamte in denselben anzustellen und sie auf die Fonds (Einnahmen) der Schutzgebiete zu verweisen.

Conservativer Stimmenfang unter den Handwerkern.

Die zweitägigen Verhandlungen des rheinischen Handwerkertages in Trier, der nach allen Berichten einen „großartigen Verlauf“ genommen, verdienten nach der „Kreuztg.“ eine besondere

Beachtung. „Die rheinischen Handwerker“, so fährt das conservative Blatt fort, „haben einen „Bund“ gegründet ohne jegliche Parteifarbe, und so haben auch an der Trierer Versammlung viele Nichtultramontane, darunter mehrere höhere Staatsbeamte, teilgenommen. Weiter ist auch bei den Verhandlungen das politische Gebiet fast garnicht berührt worden; daß es gestreift werden mußte, ergab sich mit Notwendigkeit aus den Verhandlungsgegenständen. Da ist aber folgendes hervorzuheben: Man erklärte, die Freunde der Handwerker säßen nur im Centrum und bei den Conservativen, die Handwerker müßten demnach, wenn sie ihre Stimme zu geben hätten. Als Gegner der Handwerker wurden ausdrücklich die Nationalliberalen, Socialdemokraten und Manchestermänner“ bezeichnet. Hieraus ergiebt sich, daß die Mehrzahl der rheinischen Handwerker — denn in Trier waren Delegirte aus der ganzen Provinz erschienen — bei den nächsten Landtagswahlen nicht für nationalliberale Candidaten stimmen wird. Da nun die Rheinprovinz bekanntlich verschiedene Wahlkreise hat, in denen das evangelische Bekenntniß weit überwiegt, so liegt die Annahme nahe, daß in diesen Kreisen — wenn es sonst nicht geschieht — diesmal von Seiten der Handwerker conservative Candidaten aufgestellt werden. So regt es sich in den Kreisen des Volkes — die „Extremconservativen“ können diesmal nicht zu Sündenböcken gestempelt werden.“

Wieder ein Beispiel, wie die Conservativen die Wähler für sich einzufangen suchen, indem sie ihnen die Gewährung von Sondervortheilen in Aussicht stellen. Nur Schade, daß der Mittel der Herren Ackermann u. Gen. dem Handwerk nichts helfen! Doch darauf kommt es manchem wohl weniger an, als auf die Stimmen der Handwerker. Rührt aber ist es zu sagen, es „rege sich in den Kreisen des Volkes“, wenn eine verhältnismäßig doch nur kleine Anzahl ihre Sonderbestrebungen, die dem Gesamtinteresse schnurstracks zuwiderlaufen, durchsetzen will.

Das englische Unterhaus

hat gestern früh in erster Lesung den Antrag betreffend die Einsetzung einer aus Richtern bestehenden Commission zur Untersuchung der in dem Prozeß O'Donnells mit der „Times“ gegen Parlamentsmitglieder vorgebrachten Anschuldigungen angenommen. In dem mit der Freisprechung der „Times“ beendeten Prozeß hatte der Vertheidiger, Generalanwalt Webster, die Geschichte der irischen Landsga seit ihrer Gründung gegeben, wobei er John Dillon, Matthew Harris, Parnell und Biggar als die hervorragendsten Führer der Liga bezeichnete, die also in erster Reihe wie alle Ausschreitungen und Verbrechen der Liga verantwortlich seien. Diese Beschuldigung soll nun nach dem Antrag einer richterlichen Commission geprüft werden. Parnell hatte im Laufe der Debatte erklärt, es sei unerhört, von ihm eine Aussage darüber zu verlangen, ob er den Antrag annehme oder nicht, ehe er den Wortlaut der Vorlage und die Namen der Richter kenne.

Die päpstliche Enchirka an die irischen Bischöfe ist Sonntag in allen Kirchen Dublins verlesen worden. Dazu bemerkt die „Pall Mall Gazette“: „Das irische Volk wird sich nicht viel um das Rescript des Papstes kümmern. Achtung vor seinen geleisteten Diensten und seiner hohen Stellung verbieten eine offene Erklärung gegen seine irrthümlichen Lehren oder eine Auflehnung gegen seine Autorität. Niemand wird in Irland dem Papste widersetzen, aber es wird ihm auch niemand gehorchen. Irland ist das katholischste Land der Welt, aber sein Katholizismus ist so eifrig, weil er mehr irisch als römisch ist. Die alte Formel: „Wir nehmen unsere Religion von Rom und unsere Politik von Dublin“ hat die katholische Kirche in Irland vor dem Unheil bewahrt, welches sie in anderen Ländern betroffen hat, wo die Völker den Unterschied zwischen geistlicher und politischer Autorität nicht einzusehen vermöchten. Wir haben stets eine große Achtung vor dem Papste bezeugt und die unschätzbaren Dienste der irischen Priesterschaft anerkannt. Gerade deshalb aber beklagen wir den Fehler des Papstes, welcher so naiv behauptet, daß es seines Amtes ist, zu entscheiden, was Recht und Unrecht bei den menschlichen Handlungen ist. Man kann sich darauf verlassen, daß die irischen Priester ihren Heerden die schmerzhafte Entdeckung vorenthalten werden, daß Parnell ein besserer irischer Patriot ist, als der römische Papst.“

Die französische Deputirtenkammer hat den 67-Millionen-Credit zur Vertheidigung der Häfen in erster Lesung angenommen. Der Schluß der Session sollte gestern erfolgen.

Gegen das spanische Alkoholgesetz.

Die durch das neue Alkoholgesetz geschädigten Kaufleute hielten gestern in Madrid eine Generalversammlung ab und beschlossen, zu beantragen, daß die Ausführung des Gesetzes bis zum Wiedereinzutreten der Kammer verschoben werde. Ähnliche Versammlungen sind in Tarragona und anderen Städten abgehalten.

Deutschland.

△ Berlin, 17. Juli. Der plötzliche, gleichsam im Dienst erfolgte Tod des preußischen Gesandten an den Höfen von Oldenburg und Braunschweig, Herrn v. Normann, hat hier in weiten Kreisen eine schmerzhafte Theilnahme erweckt. Der Verbliebene war viele Jahre hindurch Kammerherr und Vorstand der Privatkanzlei des früheren Kronprinzen und hat sich in dieser Stellung, die ihn mit den verschiedensten Gesellschaftskreisen in

Verührung brachte, durch sein liebenswürdiges Wesen zahlreiche Freunde erworben. Als Herr v. Normann vor mehreren Jahren sein Hofamt an den Grafen Radolinski abtrat, war es, so schreibt die „Lib. Corresp.“, ein offenes Geheimniß, daß dieser Wechsel weder mit den Wünschen des Kronprinzen, noch mit denen des Herrn v. Normann harmonierte und der Kronprinz sich nur sehr schwer von dem ihm befreundeten Hofmarschall trennte. Politische Gründe — Herr v. Normann stand im Rufe liberaler Ideen — sollen die Versehung nach Oldenburg veranlaßt haben. Jedenfalls hätte Herr v. Normann zu dem beabsichtigten Werke über das Leben Kaiser Friedrichs, das aus den Erinnerungen derer, die ihn gekannt haben, zusammengestellt werden soll, reichen Stoff beitragen können.

* Der Kaiser hat angeordnet, daß der Gtz der ersten vier Rüsten-Corps umfassende Armee-Inspection in Hannover sein soll, wodurch dem Prinzen Albrecht von Preußen die Gelegenheit geboten ist, auch sfern im königlichen Schosse zu Hannover zu wohnen und dort in der bisherigen Weise Hof zu halten. Der Chef des Stabes der ersten Armee-Inspection, Generalmajor und General-Adjutant v. Winterfeld, der bis zum 9. März Chef des Stabes der damals vom Kronprinzen befehligen vierten Armee-Inspection war, hat nunmehr auch in Hannover seinen Wohnsitz.

* Die „Neue Fr. Presse“ erblickt in dem angekündigten Besuch des Kaisers Wilhelm in Kopenhagen ein Zeichen der fast über Erwartungen bedeutenden Würdigung der russischen Freundschaft, da der Kaiser Wilhelm ihre Erneuerung zum Anlaß nimmt, den dänischen König und das dänische Volk in überraschender Weise zu ehren. In diesem interessanten diplomatischen Schlagzuge offenbart sich die Umstt Bismarcks. Auch diese Reise könnte dem europäischen Frieden nur zu Statten kommen, indem die Vereinigung Frankreichs in Europa vollkommen macht.

* Eine Adresse an Kaiser Wilhelm — schreibt man der „M. Allg. Jtg.“ — wird jetzt von Berliner Bürgern in Umlauf gesetzt. Die Aufforderung zur Unterzeichnung derselben geht von einigen bekannten Hoffliegeranten und anderen Persönlichkeiten aus, die bisher nur wenig hervorgetreten sind. So erklärt es sich auch wohl, daß die Unterschriften bis jetzt nur spärlich erfolgen. Die Adresse beweist, wie sie sagt, die Betheuerung der unverbrüchlichen Treue der Unterzeichner zum erbauenden Herrscherhause der Hohenzollern an den Stufen des Thrones niedergelegt.

* Eine Aeußerung des Prinzen Heinrich, die der „Sprudel“ meldet und deren Richtigkeit das Karlsbader Blatt zu vertreten hat, wird nicht verfehlten Aufsehen zu machen. Prinz Heinrich hat danach, als er nach dem Begräbniß Kaiser Friedrichs nach Kiel kam, zu seiner nächsten Umgebung wörtl gefragt: „Gott und Mackenzie danken wir es, daß mein gothischer Vater so lange am Leben blieb und in der Regentenreihe der Hohenzollern figurirt.“

* Die Italiener ergreifen jeden Anlaß, ihre Liebe für unseren verstorbenen Kaiser Friedrich neu zu beflammen. In San Remo sind jetzt hervorragende Einwohner zusammengetreten, um an der Villa Iorio eine Volksfest mit der Inschrift anzu bringen: „Ricordo o posteri del buone Imperatore Frederico“. Die Elite der fremden Colonien von San Remo hat gebeten, sich an der Sammlung beteiligen zu dürfen.

* General v. Caprivi, der bisherige Chef der Admiraltät, ist nunmehr zum commandirenden General des 10. Armeecorps (Hannover) ernannt. Nach der „N. Fr. Pr.“ sind die Gerüchte, daß die Königin Natalie aus Deutschland ausgewiesen sei, vollständig begründet. Der Königin sei am Donnerstag von dem Polizeipräsidenten eröffnet worden, daß sie spätestens 10 Stunden nach der Abreise des Kronprinzen aus Wiesbaden ins Ausland abzureisen habe, da ihr fernerer Aufenthalt in Deutschland nicht mehr geduldet werde. Man versucht jetzt von Berlin aus, diese Nachricht, welche der „Rheinische Courier“ zuerst in die Öffentlichkeit brachte, als unrichtig hinzustellen, doch könnte auf das bestimmtste verichert werden, daß die Sache sich so verhält, wie oben angegeben.

* Die Zweimarkstücke mit dem Bildnis Kaiser Friedrichs sind gestern zur Ausgabe gelangt, nachdem die kais. Genehmigung zur Incursierung dieser Münzen erteilt worden ist. Dieselben zeigen den Kopf des verehrten Kaisers in treuer Porträtahnlichkeit und wohlgefügter Plastik; der „Haarwulst“ am Hinterkopf des Porträts, wie er auf den Goldstücken zu vielfachen Ausstellungen angegeben wird, findet sich auf den Zweimarkstücken nicht. Begreiflicherweise ist die Nachfrage nach den neu geprägten Kaiser-Friedrich-Münzen eine sehr große.

* Die „gedämpfte Stimme“ des Herrn v. Treitschke. Sehr zutreffend schreibt der „Weiss. Merkur“: „Einen herrlichen Nachr.“ nennt die „Köln. Jtg.“ den bekannten Artikel des Historiographen v. Treitschke, in welchem von einer traurigen Episode der vaterländischen Geschichte die Rede ist, während welcher „die monarchischen Parteien durch das Gefühl der Pietät wie durch die Voraussicht des nahen Endes genöthigt wurden, ihre Stimme zu dämpfen“. Wir gehen auf die Überhebung, nur die Mittelpartei als „monarchische Parteien“ zu bezeichnen, nicht näher ein. Aber angesichts der vorliegenden Thatsachen ist es doch ein mehr als starkes Stück, zu behaupten, diese hätten zu jener Zeit ihre Stimmen gedämpft. In welche Zeit anders denn, als in jene Kaiser Friedrichs, fallen alle jene schmachvollen Heikartikel der Cartell-

Presse gegen den Kaiser und die Kaiserin, welche für alle Seiten ein trübes Licht auf die Königstherre der Cartellbrüder werfen. Zu jener Zeit war es, als die „Köln. Ztg.“ verlangte, „dass Frauen nicht große Politik machen“ sollen, zu jener Zeit war es, als die „Dresd. Nachr.“ ihren Schandartikel brachten: „Keine Frauenzimmerpolitik! Auch keine englische Politik in Deutschland.“ Zu jener Zeit war es, als die „Dresd. Nachr.“ diesen Schändlichkeiten die Krone aufsetzten und von „Friedrich dem Briten“ sprachen. Angestellt dieser Thatsachen zu behaupten, die monarchischen Parteien seien während der Regierungszeit Kaiser Friedrichs genötigt worden, ihre Stimme zu dämpfen, dazu gehörte eine große Dosis Unverblümtheit. Was hätte diese Clique nach Herrn v. Treitschkes Ansicht wohl erst geleistet, wenn sie ihre Stimme nicht „gedämpft“ hätte?

* Zu den Versuchen der Conservativen, bei den Landtagswahlen einen Theil der Centrumswähler zu sich herüberzuziehen, schreibt die „Schlesische Volkszeitung“: „Das katholische Volk ist in keinem Wahlkreise für die Thorheit zu haben, die ehrenvolle Freiheit in der eigenen Partei mit einer hörigkeitsstellung unter Stöcker-Münninger zu vertauschen.“

* [Die Schimpfereien] auf den englischen Arzt Mackenzie dauernd in fast allen „nationalen“ Zeitungen fort. Die „Berl. Pol. Nachr.“ bringen jeden Tag die schärfsten Angriffe. Auch die neueste Nummer führt über den englischen Arzt eine sehr heftige Sprache. Er habe immer für „einen gescheiteten Mann gegolten“, der es verstehe „to make money“. Er habe von seher von den „Unglückslichen, welche sich leichtsinnig in seine Behandlung begaben“, andere Aerzte weggebrängt. In den Kreisen der Peerage erzählte man sich mit Schrecken, wie er einer vornehmen Dame die Überzeugung beigebracht hatte, dass er allein ihre Gesundheit wiederherstellen könnte, obgleich das Leiden dieser Dame gar kein Halsleiden war; Mr. Mackenzie hatte sich in diesem Einzelfalle schnell in einen Unterleibs-Specialisten metamorphosirt. Es ist doch sehr auffallend, dass unsere ersten deutschen Autoritäten, die bekanntlich Mackenzie dem damaligen Kronprinzen empfohlen haben, alle diese Dinge, die jetzt colportiert werden, nicht vorbrachten, als es noch Zeit war.

* Die Agitation zur Schließung der Geschäfte an den Sonntagen scheint in Berlin allmählich Boden zu gewinnen; an sehr zahlreichen Schaufernern liegt man gegenwärtig Plakate, welche ankündigen, dass von einem bestimmten Datum ab das Geschäft an den Sonntagen geschlossen bleibe. Offenbar halten die Geschäftsinhaber noch eine gewisse Frist für nötig, um ihre Kunden an die bevorstehende Änderung zu gewöhnen. Aus dem Umstande, dass derartige Plakate auch in Eisenwarengeschäften angebracht sind, ist zu folgern, dass die Schließung der Geschäfte am Sonntag eine umfangreiche zu werden verspricht, denn früher war gerade die Eisenkunstwaren-Branche als diejenige bezeichnet, in welcher die Ladengeschäfte zum Überfluss und in einer für den Besitzer selbst nachtheiligen Weise auch am Sonntag offengehalten wurden.

* In Stettin sind, wie dem „Reichsboten“ von dort berichtet wird, die Annäherungsversuche der Nationalliberalen und Deutschfreisinnigen im Gange.

* Die Hoftheater zu Hannover, Kassel und Wiesbaden sollen mit Beginn der nächsten Spielzeit, wie die „B. B.-J.“ wissen will, auf kaiserlichen Befehl wieder einer selbständigeren Leitung unterstellt werden, da sich eine Vereinfachung des Dienstes für die Berliner Gesamtleitung als dringend nothwendig herausgestellt habe. (P. 3.)

Magdeburg, 17. Juli. Der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf begab sich heute in Begleitung mehrerer hoher Offiziere zur Besichtigung der auf dem Schießplatz der Grusonwerke errichteten Schumann'schen Panzerconstructionen.

* Aus Schlesien, 16. Juli, wird der „Voss. J.“ geschrieben: Das Branntweinsteuergesetz hat nach den Mitteilungen in der Generalversammlung des sächsischen Brennereiverwaltervereins eine sehr ungünstige Wirkung auf den Beruf der Brennereiverwalter ausgeübt. Nur wenige Brenner sind in der Lage gewesen, das schlechtere Geschäft durch stärkeren Betrieb auszugleichen. Auch im laufenden Jahre ist wenig Aussicht auf Besserung vorhanden. Die wesentliche Verkürzung der Brenncampagne hat für manche Brennereiverwalter, die seit langen Jahren in ihren Brennereien dauernde Beschäftigung hatten, die Entlassung bis zum Herbste zur Folge gehabt. Es ist vor gekommen, dass ihnen bereits im Februar die Entlassung angekündigt wurde, wenn sie sich nicht mit dem Deputat begnügen wollten. Allgemein war man der Überzeugung, dass die Ausbildung von Lehrlingen unter den jetzigen Verhältnissen beschränkt werden muss. Es empfiehlt sich, dieselbe auf eine Reihe von Jahren ganz auszuführen oder doch auf einzelne Ausnahmen zu beschränken; auch wurde für die Zukunft die Verlängerung der Lehrzeit auf mindestens zwei volle Campagnen empfohlen.

Karlsruhe, 17. Juli. Bei Schluss der Verhandlungen des Landtages gaben die Präsidenten der beiden Häuser eine Uebersicht über die Geschäfte. In der zweiten Kammer gebachte der Vizepräsident der schweren Schätzschläge, von denen Baden und Deutschland betroffen wurden, und gab der Ueberzeugung Ausdruck, dass das deutsche Reich, gegründet auf deutsche Treue, seine Machtsstellung auch unter Führung des Kaisers Wilhelm II. sichern werde.

Frankreich.

* Boulangers Zustand ist nach einem Telegramm der „Fr. Ztg.“ unverändert, aber nicht gefährlos.

England.

London, 16. Juli. Ein neuer Versuch, auf Trafalgar Square eine Volksvergathung abzuhalten, wurde am Sonnabend Nachmittag gemacht, aber von der Polizei wieder vereitelt, welche bei der Säuberung des Platzes barscher als je vorging und mehrere Verhaftungen vor nahm. Der Abgeordnete Cunningham Graham geriet, nachdem ihm einige Schuhleute gewaltsam vom Square entfernt, unter die Räder einer vorbeifahrenden Droschke und wurde am Fuße verletzt. Er begab sich nach dem Polizeigericht in Bow-street und erwirkte dort Vorladungen gegen zwei Schuhleute wegen Misshandlung seiner Person. — Die radicalen Vereine in London veranstalteten gestern Nachmittag im Hyde-Park eine Kundgebung gegen die Einkerkierung des irischen Abgeordneten John Dillon, an welcher sich trotz

der regnerischen Witterung etwa 16 000 Personen beteiligten. Die gefassten Resolutionen protestirten gegen die Einsperrung Dillons wegen eines „imaginären Verbrechens“, forderten die Regierung auf, davon abzustehen, die Rechtspleide durch die Tortur ihrer politischen Gegner zu profitieren, drückten tiefe Theilnahme für die Witwe des verstorbene Mr. Mandeville aus und erklärten, dass die Regierung im allgemeinen und Mr. Balfour im besonderen die Schuld an dem Tode ihres Gatten trüge.

Deutschland.

* Der von König Milan der Königin Natalie angebotene, von dieser abgelehnte Vertrag versprach die Königin, bis zur Volljährigkeit des Kronprinzen nicht nach Serbien zu kommen und bis zum 1. Januar 1893 beständig in Wiesbaden zu wohnen. Bis zu derselben Zeit sollte der Kronprinz seine Erziehung unter unmittelbarer Aufsicht der Königin und nach dem Plan, wie ihn der König bestimmt hätte, genießen. Nach jenem Zeitpunkt sollte der Kronprinz seine Erziehung in Serbien fortführen. Während der Zeit seiner Erziehung in Deutschland sollte der Kronprinz in jedem Jahre seine Ferien bei seinem Vater verbringen. Die Königin sollte sich verpflichten, den Kronprinzen nirgend außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches zu führen. Der König wollte sich verpflichten, den Kronprinzen vom Tage seiner Großjährigkeit an zu jedem Oster- und Weihnachtsfest auf 10 Tage zu seiner Mutter zu schicken, ebenso während der Ferien vom 12. Juli bis zum 12. September. Vom 1. Januar 1893 ab sollte die Königin wohnen können, wo sie wollte, mit Ausschluss von Serbien. Dagegen sollten der Königin alle Rechte, Vorteile und Ehren, wie sie ihr als Königin zukommen, verbleiben. Während der Zeit der Erziehung des Kronprinzen in Deutschland sollte die Königin eine Civilliste von 25 000 Fr. monatlich erhalten.

Bulgarien.

* Die „Times“ erfährt aus Sofia: Es verlautet, dass der österreichische Generalconsul Herr v. Burian nach Wien berufen wurde, um dem Cabinet in Anbetracht der bevorstehenden Zusammenkunft Bismarcks und Kalnokys über die Lage Bulgariens mündlich zu berichten.

Rumänien.

Bukarest, 17. Juli. Der Präsident der Deputirtenkammer General Lecca ist gestorben.

Rußland.

Warschau, 15. Juli. Die Befestigung Warschau wird in ihren Einzelheiten weiter fortgeführt. Auf der Ostseite der Stadt, längs des Wälchens bei der Vorstadt Praga, wird ein mächtiger Festungswall aufgeschüttet, der ein Verbindungsglied des um die ganze Stadt laufenden Ringwalls bildet. Um die Arbeit zu beschleunigen, sind mehrere Hundert Wagen zum Anfahren von Schutt und Erde angenommen worden. — Die deutschen Einwanderer, welche sich vor Jahren auf beiden Seiten der Weichsel niedergelassen und angekauft haben, suchen meistenteils, um der Ausweisung zu begegnen, die russische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Da die zu erfüllenden Formalitäten sowohl in Russland, als auch in ihren Heimatländern, namentlich wegen der Entlassung aus dem Unterthanenverbande der bezüglichen Staaten, mannigfaltig, zeitraubend und mit Kosten verbunden sind, so haben bis jetzt nur sehr wenige das russische Unterthanenrecht erhalten. Unter den bekannteren Ausländern hat nur ein Herr v. Treskow und sein Bevollmächtigter, Herr v. Tschirchnitz, Aussicht, wie der Petersburger „Krai“ berichtet, in den russischen Unterthanenverband aufgenommen zu werden. In Folge dessen wird auch der beauftragte Verkauf der Güter des Herrn v. Treskow nicht mehr stattfinden.

(P. 3.)

Von der Marine.

* Die Segelsregatte „Niobe“ (Commandant Corvetten-Capitän Graf v. Haugwitz) ist am 17. Juli cr. in Leith (Schottland) eingetroffen und beabsichtigt am 21. dcr. M. wieder in See zu gehen. — Die Kreuzerfregatte „Bismarck“ ist am 16. Juli c. in Aden eingetroffen und steht am 17. dcr. Mts. die Heimreise fort. — Der Kreuzer „Habicht“ (Commandant Corvetten - Capitän v. Schuckmann II.) ist am 15. Juli c. in Principe eingetroffen und am 17. dcr. M. wieder in See gegangen. — Das Kanonenboot „Iltis“ (Commandant Corvetten-Capitän v. Tschiedel) ist am 16. Juli c. in Chlefco eingetroffen.

* [Schiffbewegungen.] Kanonenboot „Cyclop“ Poststation: Kamerun. — Kreuzer „Habicht“ Kamerun. — Aviso „Loreley“ Konstantinopel. — Kreuzer-Corvette „Luise“ Gwinemünde. — Panzerfahrtzug „Mücke“ Wilhelmshaven. — Kreuzer „Nautilus“ Janjibar. — Kreuzer-Geschwader (Schiffe „Leipzig“, „Karola“, „Oga“, „Sophie“) Poststation Janjibar. — Kreuzer „Albatross“ Bremerhaven. — Kreuzer „Möwe“ Janjibar. — Kanonenboot „Wolf“ Hongkong. — Kreuzer „Aldrin“ Apia (Samoa-Inseln). — Kanonenboot „Iltis“ Hongkong. — Kreuzercorvette „Ariadne“ Plymouth (England). — Fregatten „Stein“, „Prinz Adalbert“, „Gneisenau“ und „Moltke“ Arostadt. — Corvette „Nixe“ Madeira. — Kanonenboot „Eber“ Apia. — Panzer-Geschwader (Schiffe „Baden“, „Bayern“, „Rhein“, „Friedrich der Große“, „Sachsen“, „Kronstadt“). — Torpedobootsflottille Kiel. — Aviso „Fale“ Kiel. — Segelsregatte „Niobe“ bis 28. Juli Arostadl in Norwegen, dann Malmö in Schweden. — Kreuzer „Schwalbe“ Kiel. — Yacht „Hohenloher“ Kronstadt. — Kreuzer-Fregatte „Bismarck“ bis 20. Juli Port Said.

Am 19. Juli: Danzig, 18. Juli. M. A. b. Tage. G. A. 3.53 u. 8.17. Danzig, 18. Juli. M. u. 12.35.

Weiterausichten für Donnerstag, 19. Juli, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Veränderliche Bewölkung, schwache und mäßige Winde, vorwiegend trocken. Strichweise Gewitter; Temperatur wenig verändert.

* [Protectorat des Kaisers.] Die deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, bekanntlich auch in Danzig durch eine umfangreiche Betriebsverwaltung vertreten, erhielt von Kaiser Wilhelm II. folgendes Schreiben:

„Mit hoher Befriedigung hat Mich das Schreiben der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger erfüllt, in welchem Mir die Bitte um Uebernahme des Protectorats unterbreitet wird. Des lebhaften Interesses eingedenk, welches Mein geliebter Vater zu aller Zeit den edlen, menschenfreudlichen Bestrebungen der Gesellschaft widmete, und welches sich noch in Seinen letzten Lebenstagen in dem Entschluss kundgab, auch Seinerseits das Ihm angetragene Protectorat zu übernehmen — ein Entschluss, welchen auszuführen Ihm leider nicht mehr vergönnt war —, ist es Mir eine besondere Genugthuung, jetzt dazu berufen zu sein, an Seiner Statt die Lücke auszufüllen, welche der Tod Meines ruhmreichen Großvaters gerissen hat. Auch Ich bringe dem Liebeswerke zum Heil der in Lebensgefahr schwelbenden Seeleute ein reges Interesse entgegen und

hege, indem Ich das Protectorat über die deutsche Gesellschaft hierdurch annehme, den Wunsch, dass ihre dankenswerthen Bemühungen um die Rettung Schiffbrüchiger auch ferner der Beweis Meines Gegen begleitet sein mögen. Als einen Beweis Meines Interesses lasse Ich der Gesellschaft zur Förderung ihrer Zwecke die Summe von 600 Mark beifolgend zugehen.

Marmor-Palais, den 11. Juli 1888. Wilhelm.“

* [Danziger Delmühle.] Die Direction der Danziger Delmühle Peter, Pätzl u. Co. beabsichtigt auf ihren Grundstücken Stein-damm Nr. 28 und 29 auf dem ganzen durch Abbruch der früheren Baustrukturen freigewordenen Terrain ein massives Fabrikgebäude für Mühle und Stärkefabrikation zu errichten. Das Gebäude soll außer Gouterrain und Parterre 6 Stockwerke erhalten, in seinem Bördel in einer Tiefe von 11 Metern, in den ersten drei Etagen über die zwischen den Grundstücken Stein-damm Nr. 29 und 30 befindende 4 Meter breite Durchfahrt an das Stärkefabrikgebäude Stein-damm Nr. 30 herangebaut und mit diesem durch Decken in der Seitenwand verbunden werden. Ferner sollen in der ersten und zweiten Etage hinten zwei massive Übergänge mit dem Mühlengebäude Stein-damm Nr. 30 hergestellt werden.

* [Haffhöhen-Eisenbahn.] Die schon vor einigen Jahren lebhaft begonnene, damals aber in Folge der ablehnenden Haltung des Ministers resolutlos gebliebene Agitation für eine neue Eisenbahn-Verbindung von Elbing über Tolkmütz und Frauenburg nach Braunsberg soll jetzt wieder aufgenommen werden. Es hat sich zu diesem Zweck bereits ein Comité gebildet und für nächsten Montag eine Interessen-Versammlung nach Frauenburg zu berufen.

* [Maurerstrafe.] Im Laufe der letzten Tage haben noch mehrere Bau-Unternehmer die Forderungen der Gesellen bewilligt, so dass gegenwärtig 19 Arbeitgeber einen Tagelohn von 3,50 Mk. zahlen. Die strikten Gesellen hoffen übrigens noch immer, dass der Streit nicht lange dauern wird und dass die Meister ihre Forderungen doch bewilligen werden.

* [Meldungen bei der Reserve und Landwehr.] Um den meldepflichtigen Mannschaften des Beurlaubtenstandes die gesetzlich zulässige schriftliche Meldung zu erleichtern, werden künftig den Ortsvorständen durch die Bezirkscommandos mit einem entsprechenden Vorbruch verschene Meldeformulare überreicht werden, welche für die abzustattenden Meldungen bereit zu halten und den Beteiligten unentbehrlich zu verabsolven sind. Auch sind die Ortsvorstände angewiesen, den meldepflichtigen Mannschaften bei Ausfüllung der Formulare jede thunliche Unterstützung zu Theil werden zu lassen.

* [Rückforderungsrecht der Chefrau.] Der Chefrau steht in Geltungsbereich des preußischen allgemeinen Landrechts, nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 5. April d. J., das Rückforderungsrecht hinsichtlich ihres Eingebrachten zu, wenn der Mann, gleichviel aus welchem Grunde, nicht mehr vermögend ist. Frau und Kindern den standesgemäßen Unterhalt zu gewähren, auch wenn Gläubiger nicht vorhanden sind, welche sich an den maritimen Nekraut halten und so die Einkünfte des Eingebrachten verkümmern.

* [Eisenbahn-Fahrpreismäßigungen.] Das Lokal-Comité für die nächstjährige Tag in Osterode abzuhalten ostpreußische Provinzial-Landesversammlung hat sich mit einem Gesuch um Fahrpreis-Ermäßigung an die ostpreußischen Eisenbahn-Verwaltungen gewandt. Die kgl. Eisenbahn-Direction zu Bromberg hat unter Berufung auf die vor einiger Zeit eingeführten generellen Vergünstigungen im Returbillet-Verkehr das Gesuch abgelehnt, die Marienburg-Mlawka Bahn und die ostpreußische Südbahn sind zwar zu Fahrpreismäßigungen bereit, erklären aber, dass sie dazu der Zustimmung der staatlichen Aufsichtsbehörde bedürfen, deren Erlangung die Südbahn-Direction allerdings von vornherein bezweifelt.

* [Die Postordnung] erhält vom 1. August ab einige Veränderungen. Darnach darf auf der Vorderseite der Postkarte der Absender außer den auf die Beförderung bezüglichen Angaben nur noch seinen Namen und Stand bzw. seine Firma sowie seine Wohnung vermerken. Bei Warenyproben darf die Aufschrift nicht auf einer sogenannten Fahne angebracht und der Gendung angehängt, sondern sie muss auf diese selbst aufgeschrieben sein. Für Nachnahmesendungen wird im Falle der Nachsendungen für jeden neuen Bestimmungsort vom Tage der Ankunft derselbst eine besondere Einlösungsschrift von sieben Tagen berechnet. Eine den Landbewohnern Vortheil bringende Neuerung ist die, dass von den genannten Zeitpunkten ab für Pakete von höherem Gewicht als 2½ Kilogr. nur noch ein Bestellgeld von 20 Pf. für das Glück zur Erhebung gelangt.

* [Personalien.] Die Regierungs-Assessoren Hagen zu Pr. Stargard und Peterßen zu Briefen sind zu Landräthen ernannt worden. Der Rechtskandidat Erich Wunderlich aus Parmark bei Alsfelde ist zum Referendarius ernannt und dem Amtsgericht in Christburg zur Beschäftigung überwiesen.

* [Personalien beim Militär.] Nach dem heutigen „Mil. Woch.“ ist Herr Oberst v. Singler (nicht Siegler, wie ein Fehler in den heutigen Morgen-Telegrammen meldete), unter Stellung à la suite des bisher von ihm commandirten 4. östr. Grenadier-Regiments Nr. 5 mit der Führung der 23. Infanterie-Brigade beauftragt und der bisherige Führer der 1. Division, General-Major v. Werder, zum General-Lientenant und Commandeur dieser Division ernannt.

* [Gänger-Ausflug.] Am nächsten Sonntag beabsichtigt der Danziger Männer-Sang-Bund seinen alljährlichen Sommer-Ausflug nach Oliva und von dort durch den Wald nach Zoppot (Königshöhe) zu unternehmen.

* [Wohltätigkeits-Concert.] Das Schidlicher Hilfs-Comité für Errichtung und Unterhaltung einer Kleinkinderbewahranstalt derselbst veranstaltet am nächsten Sonntag im Etablissement Molkenhof ein Vocal- und Instrumental-Concert, dessen Reinertrag qu. Anstalt zu gute kommen soll. Den örtlichen Verhältnissen entsprechend ist das Entrée nicht hoch berechnet (25 Pf.); um so mehr ist zu erwarten, dass der gute Zweck zahlreiche Besucher herbeiziehen wird.

* [Städtisches Leihamt.] Bei der heutigen Monatsrevision fand sich ein Pfänderbestand von 27 044 Stück, beliehen mit 225 900 Mk. (gegen 27 486 Pfänder, beliehen mit 230 190 Mk. Mitte Juni).

* [Gutsverkauf.] Die westl. Provinzial-Landschafts-Direction beabsichtigt ihr im Schweren Kreise gelegenes Rittergut Ebensee im Wege der Elicitation zu verkaufen. Termin am 18. Oktober in Bromberg.

* [Minderwertige Zwanzigmarkstücke] sind jetzt wieder in Umlauf. Dieselben weisen ein Minus im Werthe von 1,50—2 Mark auf. Sie sind jedenfalls wieder mit Königswasser behandelt worden, da die Schrift auf den Münzen angegriffen und verfälscht erscheint und die Münzen selbst sich fettig anfühlen.

* [Messer-Affäre.] Der Arbeiter Friedrich A. aus Bonnbergergrund geriet Montag Abend während eines Spaziergangs derselbst mit dem taubstummen Arbeiter August G. aus Emaus und noch einem anderen Arbeiter in Streit, wobei gegen seitig das Messer zur Verwendung kam. A. hatte die Nacht über, aus zahlreichen Wunden blutend, im Freien gelegen, wurde erst gestern Morgen durch seinen Bruder aufgefunden und per Wagen nach dem Lazareth in der Sandgrube geschafft, woselbst seine Aufnahme erfolgte. Später erschien derselbst auch der taubstumme Arbeiter August G., welcher bei derselben Gelegenheit verschiedene Stichwunden am Kopfe erhalten hatte, zur ärztlichen Behandlung.

[Polizeibericht vom 18. Juli.] Verhaftet: 1. Junge Lischler wegen Misshandlung, 2. Arbeiter, 1 Schornsteinfeger wegen groben Unfugs, 1 Schuhmacher, 1 Schmied wegen unbefugten Betretens der Festsätze, 1 Obdachloser, 1 Dirne. Gestohlen: 1 schwarzes wollenes Tuch, 1 goldene Brosche, 1 Kanne, 13 Mark. — Gefunden: 3 Schlüssel, 1 Handschuh, 1 Kinderbadeholz, 1 Schuh, 1 seidenes Haarband, 1 Regenschirm, 1 Band; abzuholen vor der Polizei-Direction. — S. Zoppot, 18. Juli. Wie schon früher bemerkt ist, erhält unser Ort in der zweiten Hälfte des August größeres militärisches Gefecht. Das 7. östpreußische Infanterie-Regiment Nr. 44 wird sich am 18. August mit dem 4. östr. Grenadier-Regiment Nr. 4 zu seinen Brigade-Übungen bei Danzig vereinen. Während dieser Zeit, d. h. vom 18. August bis 4. September, erhält das 1. Bataillon des 44. Infanterie-Regiments in Zoppot seine Quartiere. — Bis zum gestrigen Tage waren hier als Bewohner 1093 Familien mit 3116 Personen gemeldet (gegen 1144 Familien mit 3186 Personen am 17. Juli v. J.).

Durch die schwere aber glückliche Geburt eines kräftigen Jungen wurde hoch erfreut. (7597)

Franz Duwa nebst Frau

Danzig, den 18. Juli 1888.

Gestern Abend 9½ Uhr entschließt sich hier, wo er zum Besuch weilt, nach kurzem Krankenlager unser lieber Vater und Schwiegervater

Friedrich Weinberg

aus Berlin im 71. Lebensjahr.

Dieses zeigen statt jeder besonderen Meldung tief betrübt am. (7613)

Aldorf bei Danzig,

den 18. Juli 1888.

Anne Schahnasian

geb. Weinberg,

Laura Weinberg,

Max Schahnasian.

Bekanntmachung.

Der Concurs über das Vermögen der Handlung

Man u. Rebs

zu Graudenz ist durch rechtkräftig

beätigten Schwangeregle beendet

und wird hiermit aufgehoben.

(7577)

Graudenz, den 15. Juli 1888.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 10. d.

Monats ist in unter Genossen-

schaftsregister unter Nr. 3, Spalte

4, be treffend den Dorfschul-Verein

zu Löbau, Westpreußen, eingetragene Genossenschaft, heute ein-

getragen:

Durch Beschluss der außer-

ordentlichen Generalversamm-

lung vom 28. Juni 1888 ist

der bis herige Director des Vor-

standes, Juliusz Obuch von

hier, als solcher für die Zeit

vom 1. Juli 1888 bis 30.

Juni 1891 wiedergewählt wor-

den.

Durch Beschluss derselben Ge-

neralversammlung ist der über-

die Berufung der Generalver-

sammlung handelnde Art. I des

S 25 des Statuts dahin abgeän-

dert, daß die Worte:

„wenn der Auskuss dieselbe

gegen den Antrag des Vor-

standes verzögert“

fortfalls, so daß der Absatz 1

des S 25 des Statuts fortan

lautet:

„Die Berufung der General-

versammlung geht in der Re-

gel von Ausschluß aus, doch

kann auch der Vorstand dazu

schreiten.“ (7606)

Löbau, Wpr., den 10. Juli 1888.

Königl. Amtgericht.

Deutschländer.

Bekanntmachung.

In der A. G. Proff'schen Con-

curssache Nr. 2/88 wird behuts-

Beschlußfassung über die Wahl

eines anderen Vertreters die

Gläubiger-Versammlung auf

den 26. Juli 1888,

Vormittags 10 Uhr,

berufen.

Zum vorläufigen Concurs-Ver-

walter ist statt des Gerichts-

Secretärs Weber, der Kaufmann

Bäckerer hier selbst ernannt.

Christburg, den 16. Juli 1888.

Königliches Amtsgericht.

Unter einer Stammheide

Bankau bei Bahn- u. Poststelle

Marliken Sonnabend, den 26.

Juli, Mittags 3 Uhr,

A U C T I O N

über ca. 55 sprungfähige Böcke

in eingekäpten Preisen von 75

bis 200 M.

Buchrichtung: Großer wüch-

riger Körper mit edlem, reichem

Wollte. Auf Wunsch kommen

viele ungebörne Böcke (Nachzucht

von französischen Original-Böcken)

zum Verkaufe. Die Herde ist auf

allen bisher besichteten Schauen

sehr prächtig worden.

Züchter der Herde: Herr

Bäckererdirector Albrecht-Guben.

Belieferung Fuhrwerk bereit:

Bahnhof Marliken, sowie an

der Weichsel im rothen Adler.

Abnahme der Böcke und Aus-

gleich des Beitrages nach Ueber-

Ankunft. (7460)

C. G. Gerlich.

Sonnabend, den 11. August,

12 Uhr Mittags,

Zugtwich - Auction

in Chotuschewke,

Kreis Lauenburg in Pomm.

über

30 St. Vollblut-Oxford-

shiredown-Böcke,

10 St. Vollblut-Wilster-

marsch-Bullen.

Führermarken stehen bei redi-

genter Anmeldung in den Früh-

jügen am Auctionstage auf Halte-

stellen Goddentow-Lang bereit.

(6549) H. Fischbach.

Münchener Kunstgewerbe-Aus-

stellung-Lotterie, Hauptpreis.

30.000 M. Lotte à 2 M.

Weimarer Kunst-Ausstellung-

Lotterie, Hauptgewinn 25.000

M. Lotte à 1 M. bei

Eh. Berlin, Seberg. 2.

Hühneraugen,

eingewachsene Rügel, Ballenleiber

werden von mir schmerlos ent-

fernt. Frau Kühnus, gepr. concess.

Hühneraugen-Operateur, Tobias-

Gasse, Heiliggeist-Hospital auf dem

hosp. haus 7, 2 Dr. Thür. 23.

Ex Otto 8/8,

Capt. Scarr von Hull

findt die Güter zur Abnahme durch

die Herren Empfänger am Zoll-

boden des Legehof Bahnhofes

von Neufahrwasser angekommen.

Habent gitterirte Ordre-Connoisse-

menten wollen sich schleunigst

melden bei

F. G. Reinhold.

Bekanntes Gutachten über

den Wert der Güter

findet sich in der Zeitung

der Zeitung.

Ex Otto 8/8,

Capt. Scarr von Hull

findt die Güter zur Abnahme durch

die Herren Empfänger am Zoll-

boden des Legehof Bahnhofes

von Neufahrwasser angekommen.

Habent gitterirte Ordre-Connoisse-

menten wollen sich schleunigst

melden bei

F. G. Reinhold.

Bekanntes Gutachten über

den Wert der Güter

findet sich in der Zeitung

der Zeitung.

Ex Otto 8/8,

Capt. Scarr von Hull

findt die Güter zur Abnahme durch

die Herren Empfänger am Zoll-

boden des Legehof Bahnhofes

von Neufahrwasser angekommen.

Habent gitterirte Ordre-Connoisse-

menten wollen sich schleunigst

melden bei

F. G. Reinhold.

Bekanntes Gutachten über

den Wert der Güter

findet sich in der Zeitung

der Zeitung.

Ex Otto 8/8,

Capt. Scarr von Hull

findt die Güter zur Abnahme durch

die Herren Empfänger am Zoll-

boden des Legehof Bahnhofes

von Neufahrwasser angekommen.

Habent gitterirte Ordre-Connoisse-

menten wollen sich schleunigst

melden bei

F. G. Reinhold.

Bekanntes Gutachten über

den Wert der Güter

findet sich in der Zeitung

der Zeitung.

Ex Otto 8/8,

Capt. Scarr von Hull

findt die Güter zur Abnahme durch

die Herren Empfänger am Zoll-

boden des Legehof Bahnhofes

von Neufahrwasser angekommen.